Nummer 477

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Mittwoch, 12. Oktober 1927

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: J. D. W. Steneberg, Politischer Teil: Dr. Richard Ziegler, Kunst und Wissenschaft: S. Aßpan, Lokales: G. Kentner, Inseratenteil: Ch. Hagen, sämtlich in Berlin. — Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche sechsmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1927 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 franz. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 100 finnische Mark, Estland 2000 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Der Hochbahnerstreik abgebrochen.

Mittwoch morgen wieder Verkehrsaufnahme

Beide Parteien nehmen einen Einigungsvorschlag an.

Am gestrigen Dienstag nachmittag hatte der Schlichter, Reichsminister a. D. Wissell, Vertreter der Hochbahngesellschaft und der Streikleitung zu einer Einigungsbesprechung geladen. Nach mehr als sechsstündiger Verhandlung wurde ein Vergleichsvorschlag formuliert, den beide Parteien annahmen. Die Streikleitung verpflichtete sich daraufhin, den Streik sofort abzubrechen und die Ausständigen, soweit sie im Laufe der Nacht noch erreichbar sind, zu veranlassen, am heutigen Mittwoch morgen wieder an die Arbeit zu gehen.

Der Vergleich bringt den Hochbahnern folgende Einzelheiten. Die Arbeitszeit für das Verkehrspersonal ausschließlich aller Pausen soll im Monat durchschnittlich 208 Stunden nicht übersteigen, doch können für den Betrieb 230 Stunden gefordert werden. Von der 209. Stunde ab wird mit Wirkung vom 1. Juli ein Zuschlag von 20 Prozent gezahlt. Ueber 230 Stunden werden die weiteren Arbeitsstunden mit einem Aufschlag von 25 Prozent getragen. Der Krankenlohn wird von dem regelmäßigen Nettoverdienst, nach zehnjähriger Beschäftigung vom Bruttoarbeitsverdienst errechnet. Ist die Arbeitsunfähigkeit die Folge eines im Betriebe erlittenen Betriebsunfalles, so wird ohne Rücksicht auf die dauernde Dienstzeit ein Krankenlohn von 100 Prozent bezahlt, bis der Arbeitnehmer wieder hergestellt ist, oder eine Unfallrente erhält. Der Urlaub ist entsprechend dem der Straßenbahner im letzten Schiedsspruch geregelt worden. Für das technische Personal werden Ueberstunden mit Wirkung vom 1. Juli mit einem Aufschlag von 25 Prozent gezahlt.

Die Arbeit wird am Mittwoch morgen zu Beginn der üblichen Dienstzeit im vollen Umfang wieder aufgenommen.

Der Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, ebenso finden Maßregelungen nicht statt.

Regierungkrise in Belgrad?

Rücktritt des Führers der Demokraten. — „Es gibt keine Freiheit, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit mehr."

Paris, 11. Oktober.

Wie Havas aus Belgrad erfährt, erwartet man dort infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Radikalen und den Demokraten der Partei Davidowitschs über die Frage der Portefeuilleverteilung die Demission des Kabinetts.

TU Belgrad, 11. Oktober.

Die Morgenblätter enthalten sehr ausführliche Berichte über die gestrige Sitzung des Klubs der Demokraten und eine aufsehenerregende Rede des Parteichefs Davidowitsch. Bekanntlich hielt der Klub schon seit Tagen Sitzungen ab, um über die innerpolitische Lage Beschluß zu fassen, namentlich aber darüber, ob die bisherige Koalition mit den Radikalen auch weiterhin aufrechterhalten werden solle. Darüber sollte gestern Abend endgültig Beschluß gefaßt werden.

Zunächst trat der Außenminister Dr. Marinkowitsch in einer Rede für den Weiterbestand der Koalition ein. Davidowitsch erklärte darauf in einer langen Rede, daß dies der peinlichste und schwerste Moment während seiner langen politischen Tätigkeit sei. Er habe sich immer bestrebt, die volle Freiheit, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit dem Volke zu bewahren. Er sei nun am Rande seines Lebens und wünsche auch in seinen letzten Tagen an seinen Prinzipien festzuhalten. Leider seien die Verhältnisse heute anders. Es bestehe keine Freiheit, keine Gerechtigkeit und keine Ehrlichkeit mehr. Wenn er seine Ideen nun am Ende seines Lebens aufgeben wollte, würde ihn das Volk diese Sünde niemals verzeihen. Er fühle jedoch den Beginn einer neuen Zeit, neuer Menschen und neuer Gewohnheiten, und darum wolle er sich ebenso wie der alte Pasitsch vom politischen Leben zurückziehen. Er wünsche nicht, daß im Klub über seinen Rücktritt abgestimmt werde, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden. Er verlange aber von seinen Freunden mit Rücksicht auf die gegenwärtige innen- und außenpolitische Gesamtlage, daß die jetzige Koalition aufgelöst und eine Konzentrationsregierung gebildet werde.

Als die Rede beendet war, herrschte tiefe Bestürzung unter den Mitgliedern des Klubs, so daß die Sitzung ohne Beschluß auf heute nachmittag vertagt wurde.

Die Nachwirkungen des Attentats von Schtip.

Belgrad, 11. Oktober.

Die Zeitungen teilen unter großen Ueberschriften die Verhängung des Belagerungszustandes in den bulgarischen Grenzbezirken Petritsch und Küstendil mit. Die Verordnung bestimmt, daß jede Person oder Organisation, die in dem Gebiet, über das der Belagerungszustand verhängt wurde, oder an der jugoslawischen Grenze überhaupt den Frieden stört, durch das Kriegsgericht in Sofia abgeurteilt wird.

Ende des Berliner Flaggenkrieges.

Der Standpunkt der Hoteliers anerkannt.

Am Montag haben zwischen dem Verein Berliner Hotel- und verwandter Betriebe einerseits, dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem preußischen Staatssekretär Dr. Weismann andererseits Verhandlungen über die Beflaggung der Hotels stattgefunden. Als Ergebnis dieser Verhandlungen veröffentlicht der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes Kommuniqué:

Es wurde klargestellt, daß der Verein Berliner Hotels niemals einer Mißachtung der Schwarzrot-goldenen Reichsflagge Ausdruck gegeben und keine verfassungsfeindliche Kundgebung veranstaltet hat. Der Verein wird den Wünschen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung entsprechend sich dafür einsetzen, daß künftig in allen Fällen, in denen aus nationalen Anlässen geflaggt wird, die Reichsflaggen gezeigt werden. Ebenso werden die Reichsflaggen dann gehißt, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte, eine fremde Staatsfahne aufzuziehen.

Die preußische Staatsregierung wird infolgedessen das Ersuchen des Ministerpräsidenten Braun, das seinerzeit erging, und die daraufhin herausgegebenen Verfügungen der Staatsministerien zurückziehen."

Damit scheint also der Berliner Flaggenkrieg, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, ein Ende gefunden zu haben. Die Linkspresse, die seit der Aktion des Oberbürgermeisters Böß den Flaggenkampf mit allen Mitteln betrieben hat, stellt das Ergebnis der Verhandlungen als eine Niederlage der Hotels dar. So wie wir das Kommuniqué auffassen, kann davon nicht die Rede sein. Schon lange vor dem Geburtstag Hindenburgs hatten die Hoteliers jenen Beschluß gefaßt, der den Mitgliedern des Verbandes anheimstellte, durch die Beflaggung die Ehrung der Vergangenheit und der Gegenwart zum Ausdruck zu bringen. Als kurze Zeit darauf der „Kaiserhof" dementsprechend außer der preußischen und der Reichsfahne Schwarz-weiß-rot flaggte, wurde dies von der Linken als „nationale Bürdelosigkeit" bezeichnet, und der Boykott wurde in verschärfter Form fortgesetzt. Durch die obige Vereinbarung verzichten die Hoteliers, in Zukunft Schwarz-rot-gold zu flaggen, was der „Kaiserhof" demnach und die anderen Hotels am Geburtstage Hindenburgs ja schon getan haben. Was nun die Farben Schwarz-weiß-rot anbetrifft, so schreibt der „Demokratische Zeitungsdienst", die offiziöse Korrespondenz der Demokratischen Partei:

„... Wenn sie daneben auch noch die Schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Gösch zeigen wollen, so können sie sich dabei auf die Weimarer Verfassung berufen, die diese Flagge als Handelsflagge zugelassen hat. Zumerhin sollte das ein Anlaß sein, einmal ernsthaft nachzuprüfen, in welchen Fällen es überhaupt angebracht ist, und wer berechtigt ist, die Handelsflagge zu führen. Hat doch neulich der Reichswehrshrsminister Koch erklärt, daß auch für die LuftHansa die Handelsflagge zuständig sei. Wer von den Hotels außerdem noch Schwarz-weiß-rot flaggen will, der tut dies aus Privatvergnügen."

Auch wir fassen das Kompromiß im Flaggenkrieg so auf, daß außer den amtlichen Farben des Reiches Schwarz-weiß-rot mit oder ohne Gösch geflaggt werden darf, ohne daß das von der Linkspresse als „nationale Würdelosigkeit" bezeichnet werden kann. Der seinerzeit gefaßte Beschluß der Hoteliers, durch die Art der Beflaggung Vergangenheit und Gegenwart zu ehren, hat also nach anfänglichem Sträuben der Gegenkontrahenten durch die obige Vereinbarung endlich Billigung gefunden.

Der Kieler Richtertag.

Die Sorgen der preußischen Richter.

Aus Richterkreisen wird uns geschrieben:

Der diesjährige Vertretertag des Preußischen Richtervereins fand in Kiel im Stadtverordnetensaale des Rathauses am 8. und 9. Oktober 1927 statt. Die Tagung hat eine besondere Bedeutung wegen der außerordentlich wichtigen Beratungsgegenstände. Leider wurde die kostbare und knappe Zeit, wie in den ganzen letzten Jahren, so auch diesmal, in unerfreulicher Weise durch die Zeit verkürzt, die die Besoldungsfrage beanspruchte. Es ist eigentlich traurig, daß ein derartiges Thema immer wieder und wieder wertvollste Zeit den viel wichtigeren Rechtsproblemen und ihrer Förderung entzieht. Aber schließlich ist die materielle Lebensnotwendigkeit in letzter Linie der Unterbau auch jeder geistigen Leistung. An Lust zu solchen geistigen Leistungen und zur Fortbildung des Rechtes und der Rechtsprechung fehlte es durchaus nicht. Für eine zweitägige Verhandlung stand ein geradezu überreichliches Programm da.

Der übliche geschäftliche Rückblick auf das vergangene Jahr war erfreulich. Die Kraft der Organisation hat nach innen und nach außen zugenommen. Nach innen hauptsächlich durch eine Besserung der Verhältnisse zum republikanischen Richterbunde. Dieser hat, seitdem der Vertretertag in Kassel sich in einer klaren Entschließung unumwunden auf den Boden der Republik und der Verfassungstreue stellte, gegenüber früheren Jahren eine wesentlich ruhigere Haltung eingenommen. Angriffe und Auseinandersetzungen mit der früheren Schärfe, ja Gehässigkeit haben aufgehört. Infolgedessen konnte das Verbot der Doppelmitgliedschaft, das im vorigen Jahre bereits einstweilen außer Kraft gesetzt wurde, endgültig aus der Satzung gestrichen werden.

Nach außen und in politischer Hinsicht hat die Stellung der Richterschaft sehr entschieden dadurch sich verbessert, daß die sog. Vertrauenskrise deutlich ihren Höhepunkt überschritten hat. Das ins Wanken geratene Vertrauen zur Rechtspflege und zu den Richtern ist im Wiederterken begriffen, hierzu hat wesentlich nicht nur die unzweideutige Verfassungsentschließung beigetragen — auch diesmal betonte der Vorsitzende gelegentlich des Geschäftsberichtes die unbedingte Verfassungstreue der Richter als eine Selbstverständlichkeit —, sondern auch das Bestreben der Richterschaft, von sich aus allen politischen Entgleisungen und abwegigen Rückständigkeiten entgegenzutreten. Man hat bereits im vorigen Jahre einen Ausschuß geschaffen, welcher allen bekanntwerdenden Fällen von Entgleisungen oder von Angriffen gegen die Richter in der Presse nachgeht und durch Belehrung und Vorstellungen Abhilfe zu schaffen sucht. Vor allem wird auch durch diesen Ausschuß die Oeffentlichkeit mit rückhaltslosen Offenheit unterrichtet. Es ist zu hoffen, daß alle diese Dinge zu einer Erneuerung des alten Vertrauensverhältnisses zwischen Richtern und Rechtsprechung einerseits und Oeffentlichkeit und Presse andererseits führen werden. Unter den Organisationsaufgaben in erster Linie zu nennen ist die gemeinschaftliche Tätigkeit mit dem österreichischen Richterverein in der Rechtsvergleichung und Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Oesterreich zur Vorbereitung des hoffentlich nicht allzu fernen Anschlusses.

Wie schon erwähnt, nahmen die Erörterungen der Besoldungsverhältnisse einen breiten Raum ein. Ein erschütterndes Bild boten die Klagen der Vertreter aus allen Teilen Preußens über die katastrophale Notlage und Verschuldung der Richterschaft, wie der höheren Beamtenschaft überhaupt. Mit einer Verantwortungslosigkeit, wie sie nicht häufig erlebt ist, ist die schon längst überfällige Besoldungsreform aufgestellt, ohne irgendwelches Verständnis für die kulturellen und staatlichen Notwendigkeiten, die eine angemessene Bezahlung der höheren Beamten erfordern. Noch dazu wurde die Heimlichkeit der Vorbereitung gerügt, die ein völlig falsches Bild von den neuen Lohnverhältnissen in der Oeffentlichkeit entstehen ließ und naturgemäß einen Anreiz zu einer allgemeinen Preissteigerung gab, die von dem auch in den letzten Wochen mit leichtem Erschrecken wahrgenommen haben.

Die Erklärung der Regierung, sie werde unberechtigten Preissteigerungen nachdrücklich entgegentreten, wurde angesichts der Erlebnisse im letzten Jahrzehnt nur mit einem Achselzucken aufgenommen. Die Regierung dürfte an ihre Fähigkeit hierzu schwerlich selber glauben. Die neue sogenannte Aufbesserung ist schon an sich geringfügig genug, insbesondere die Behandlung der Alt-Pensionäre und der Anwärter schreit zum Himmel. Die Alt-Pensionäre, die man nach getaner Schuldigkeit rücksichtslos in ihrem Elend läßt, indem man ihnen einen ganz geringfügigen Brocken, eine kleine prozentuale Zulage gibt, den Anwärtern, die nach vier Jahren Wartezeit keine weitere Steigerung ihres Gehalts bis zur erfolgten Anstellung erfahren, so daß sie zu einer Familiengründung erst schreiten können, wenn sie hierfür reichlich alt geworden sind. Wie unter diesen Umständen geeigneter Nachwuchs für die höhere Beamtenschaft sich finden soll, ist bei der langen Wartezeit auf Anstellung und den sonstigen unerfreulichen Aussichten nicht recht erkennbar und so arbeitet alles planmäßig darauf hin, zu der materiellen Verschlechterung der Lebenshaltung auch noch eine qualitative Herabdrückung der höheren Beamtenschaft treten zu lassen.

Die Richter haben bei der Neuregelung ganz besonders schlecht abgeschnitten. Man hat sie hinter der Ver-

Start eines zweiten deutschen Ozeanflugzeuges.

D 1230 und D 1220 starten zum Flug nach den Azoren.

Berlin, 11. Oktober.

Wie die Besatzung des Flugzeuges D 1230 heute nachmittag telegraphisch mitgeteilt hat, beabsichtigt sie morgen früh nach den Azoren zu starten.

Weiter erfährt das WTB., daß gleichzeitig für Mittwoch vormittag der Start der Heinkelmaschine D 1220 zum Ozeanflug vorgesehen ist. Der Start erfolgt in Warnemünde, und es ist in Aussicht genommen, nach Möglichkeit zunächst bis zu den Azoren durchzufliegen. Dieses Projekt ist ebenfalls seit längerer Zeit in aller Stille vorbereitet worden, und die Maschine hat ihre Verfuchsflüge ausgezeichnet bestanden. Die Maschine wird vom Flugzeugführer Merz gesteuert, der, einer der tüchtigsten Verkehrspiloten der Deutschen Luft-Hansa, für den Flug beurlaubt ist. Außerdem werden noch zwei Personen an dem Flug teilnehmen. Die Maschine ist mit einem besonders starken Motor ausgestattet, nämlich mit einem Packard von 800 PS.

In Berliner Luftfahrtkreisen verlautet, daß zwischen beiden Projekten enge Beziehungen bestehen. Wenn die Wetterverhältnisse nicht im letzten Augenblick den Start wieder hinausögern, werden also zwei deutsche Ozeanflüge zur selben Zeit begonnen werden.

Ueberreichung der amerikanischen Zollnote in Paris.

Paris, 11. Oktober.

Die Antwort der Vereinigten Staaten an die französische Regierung in Sachen der französisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen wurde heute mittag vom amerikanischen Geschäftsträger Whitehouse am Quai d'Orsay überreicht.

Die Note wird wahrscheinlich erst nach dem Ministerrat am nächsten Freitag veröffentlicht werden.

Washington, 11. Oktober.

Wie das Staatsdepartement bekannt gibt, teilte es dem französischen Botschafter mit, daß die Regierung gegen die Konsolidierungsanleihe keine Bedenken habe. Die Verzögerung der Ueberreichung der neuen Zolltarifnote in Paris ist wahrscheinlich verursacht durch die Beratungen über die Anleihe, gegen die Borah opponiert hatte. Borah hat jedoch heute nach Besprechungen mit Kellogg und Hoover seinen Widerstand aufgegeben, wobei er betonte, er sei prinzipiell gegen solche Anleihen, er wolle jedoch im Interesse der Förderung der Tarifverhandlungen seine Bedenken zurückstellen. Die Note verlangt die Wiederherstellung der alten Zollsätze während der Verhandlungen über den Handelsvertrag und schlägt eine Untersuchung wegen der Beschwerden über die amerikanische Quarantäne vor, falls Frankreich bestimmte Fälle nenne.

Südtirol soll „mit faschistischen Methoden" italienisiert werden.

TU Innsbruck, 11. Oktober.

Der Herausgeber der „Provincia di Bolzano", Giarratana, erlaubt sich in seinem Blatt folgende unerhörte Auslassung: In Südtirol darf es für die Italiener nur die eine Richtlinie geben: **Südtirol muß wieder italienisch werden mit faschistischen Methoden, da der Versuch der Zusammenarbeit und der Auffaugung, obwohl er schon lange Jahre andauert, nicht gelungen ist, sondern entgegengesetzte Wirkungen hervorgebracht hat.**

Dieser Ausspruch des faschistischen Führers in Südtirol ist wohl als verspätete Antwort auf den Brief der Vertreter des Südtiroler Volkes, der Abgeordneten Dr. Tinzl und Baron Sternbach an den Präfekten anzusehen, in dem beide im August dieses Jahres ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit erklärten, an allen Arbeiten, die zu einer Entspannung der Lage Südtirols führen könnten, mitzuwirken.

Türkei und Rußland.

EP Smyrna, 11. Oktober.

Trotz der wesentlichen Abkühlung der Beziehungen zwischen der Türkei und Sowjetrußland macht die türkische Regierung alle Anstrengungen, um den politischen Kontakt mit Moskau nicht ganz zu verlieren. — Die Neubesetzung des Moskauer Botschafterpostens mit dem Obersten Tewfik Bey dokumentiert die wichtige Rolle, die Rußland immer noch in der türkischen Außenpolitik spielt. Tewfik Bey ist der langjährige Sekretär Mustapha Kemal Paschas, einer seiner intimsten Vertrauten und gilt für einen der fähigsten Diplomaten der jungen Türkei, der bereits eine Reihe besonders schwieriger politischer Spezialaufgaben mit großem Erfolge gelöst hat.